

SDG 8 – MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Von Prof. Dr. Wolfgang Benedek (em.), Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen der Karl-Franzens-Universität Graz und Mitbegründer des Europäischen Trainings- und Forschungszentrums für Menschenrechte und Demokratie (ETC) Graz

Das achte Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen von 2015 streicht im Titel zu Recht die Bedeutung menschenwürdiger Arbeit hervor, denn auch 200 Jahre nach der Geburt von Karl Marx in Trier ist dieses Thema global und in Europa weiterhin aktuell. Es verbindet die menschenwürdige Arbeit mit dem Wirtschaftswachstum, das sicher viel zur Ermöglichung menschenwürdiger Arbeit beitragen kann, aber anders als diese kein Menschenrecht darstellt. In der Auflistung der 10 Unterziele steht jedoch das Wirtschaftswachstum im Vordergrund. Dies wirft Fragen nach dem Zusammenhang der Elemente von Ziel 8, ihrer Wertigkeit und Umsetzung in Europa sowie auf globaler Ebene und nach der Zukunftsperspektive von Wachstum und Arbeit auf.

Armutsbekämpfung durch Wachstum

Auch wenn seit den Berichten des Club of Rome in den 1970er Jahren das Thema der Grenzen des Wachstums diskutiert wird und dies auch im Kontext der Nachhaltigkeit von Lebensstilen und Entwicklungsmustern weiterhin relevant bleibt, ist doch klar, dass vor allem in Entwicklungsländern die Armut ohne Wirtschaftswachstum nicht überwunden werden kann. Die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben im achten Nachhaltigkeitsziel sogar ein jährliches Wachstum von mindestens 7 Prozent für die am wenigsten entwi-



Prof. Dr. W. Benedek (1. R., 2. v. l.) mit Kollegen und Österreichs Botschafter in Äthiopien, Dr. A. Melan, vor dem Menschenrechtszentrum der Addis Ababa University (Foto: Dr. C. Pippan)

ckelten Länder postuliert. Dies soll vor allem durch eine höhere wirtschaftliche Produktivität, durch Diversifizierung, Modernisierung und Innovation erreicht werden. Entwicklungsorientierte Politiken sollen Unternehmertum ebenso unterstützen wie menschenwürdige Arbeitsplätze. Die Ressourceneffizienz soll verbessert und Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung entkoppelt werden, wobei die entwickelten Länder dabei die Führung übernehmen sollen.

Der letzte Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die Umsetzung der 17 Ziele nachhaltiger Entwicklung von 2017, der noch die Zeit vor deren Verabschiedung umfasst, zeigt, dass die ehrgeizigen Ziele für 2030 nicht leicht erreichbar sein werden. So wiesen die am wenigsten entwickelten Länder in den Jahren 2010 bis 2015 nur ein Wachstum von 4,9 % nach 7 % in der Vorperiode auf. Auch die Arbeitsproduktivität weltweit war zurück-

IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON

World University Service (WUS)
Deutsches Komitee e. V.
Informationsstelle „Bildungsauftrag Nord-Süd“
Goebenstraße 35, 65195 Wiesbaden
Tel. 0611/9446170, Fax 0611/446489
infostelle@wusgermany.de, www.wusgermany.de

REDAKTION

Dr. Ursula Grünenwald, Meike Lawrenz,
Anne-Sophie Tramer

GESTALTUNGSKONZEPT & ILLUSTRATION

Haike Boller (verantwortlich), Jing Dünisch
ansicht Kommunikationsagentur
www.ansicht.com

NACHDRUCK

unter Quellenangabe erwünscht.
Um Zusendung von Belegexemplaren wird
gebeten. Hinweise und Rezensionsexemplare
sind erwünscht.
ISSN 1430-5488

GEFÖRDERT DURCH

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),
die Länder Baden-Württemberg, Bayern,
Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg,
Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen,
Rheinland-Pfalz und Saarland.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier,
ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen
Blauer Engel, Bezug frei.

Für den Inhalt der Beiträge ist allein der WUS verantwort-
lich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den
Standpunkt der Zuschussgeber des WUS wieder.

gegangen. Wie der Slogan der Agenda 2030, niemand dürfe zurückgelassen werden, erreicht werden kann, erscheint als große Herausforderung. Das Problem des Abbaus von Ungleichheit und damit der Verteilungsgerechtigkeit wird in Nachhaltigkeitsziel 10 behandelt. Der Bericht von 2017 enthält jedoch auch gute Nachrichten: so ist die Kinderarbeit von 2000 bis 2012 bei Mädchen um 40 % zurückgegangen, bei Buben um 25 %. Freilich bleibt die Arbeit von ca. 168 Millionen Kindern ein ernsthaftes Problem, ist doch etwa die Hälfte auch noch gefährlichen Tätigkeiten ausgesetzt.

Arbeitsrechte für alle

Hinsichtlich der menschenwürdigen Arbeit hat sich die Nachhaltigkeitsagenda viel vorgenommen: bis 2030 soll es produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle geben, einschließlich von Menschen mit Behinderungen. Zu diesem Zweck soll durch wirksame Maßnahmen die Zwangsarbeit abgeschafft, moderne Sklavenarbeit und Menschenhandel beendet werden und die Kinderarbeit bis 2025 der Vergangenheit angehören. Menschenwürdige Arbeit bedeutet freilich noch mehr, wie etwa gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen, angemessenen Lohn und gleiches Entgelt für gleiche Arbeit, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, wofür wieder das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Bildung von Gewerkschaften und kollektive Maßnahmen wie Streiks relevant sind. Da dies in der Praxis eine effektive Umsetzung arbeitsrechtlicher Standards bedeutet, enthält auch Ziel 8 die Forderung nach dem Schutz der Arbeitsrechte und einer sicheren Arbeitsumgebung für alle ArbeitnehmerInnen, einschließlich der WanderarbeitnehmerInnen und der Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen.

Tatsächlich liegt hier ein Kern des Problems: solange Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards vor allem im Süden aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit, aber auch zwecks Ausbeutung von

Menschen nicht umgesetzt werden und die Firmen des Nordens daraus Vorteile ziehen, kann menschenwürdige Arbeit nicht erreicht werden. Schon seit der Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Jahr 1919 vor fast 100 Jahren wird an der Verbesserung und Gewährleistung internationaler Arbeitsstandards gearbeitet, aufgrund des schwachen Umsetzungsmechanismus jedoch mit wenig Erfolg. Auch hat bis heute kein einziger Mitgliedstaat der EU die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten Nationen ratifiziert, die bereits 2003 in Kraft getreten ist und die Rechte der WanderarbeiterInnen und ihrer Familien schützt. Es besteht somit eine Schiefelage zwischen der Verfolgung der Ziele des Wirtschaftswachstums und der menschenwürdigen Arbeit, obwohl erstere ein wirtschaftspolitisches Ziel und letztere ein Menschenrecht darstellt, das in vielen Konventionen rechtlich verbrieft ist, so auch in der Grundrechtecharta der EU von 2000.

Leitidee Vollbeschäftigung

Das Nachhaltigkeitsziel 8 strebt die Vollbeschäftigung an. Diese ist heute einerseits durch die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse vor allem für Frauen und Jugendliche, andererseits durch die Digitalisierung auch in Europa bedroht. Wirtschaftswachstum allein kann Vollbeschäftigung nicht mehr sichern, da die Erhöhung der Produktivität vor allem durch Automatisierung erreicht wird. Dies kann ein Mehr an menschenwürdiger Arbeit bedeuten, etwa weil das Arbeitsleid durch Schwerarbeit abnimmt, es kann aber auch ganze Gruppen von Arbeitskräften überflüssig machen, was

neue Herausforderungen für das Recht auf Arbeit bedeutet.

Die Europäische Union hat eine neue europäische Säule sozialer Rechte vorgeschlagen, die Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, faire Arbeitsbedingungen, Sozialschutz und soziale Inklusion zum Gegenstand hat und damit die Schwächen der EU in diesem Bereich auszugleichen helfen soll. Sie wurden im November 2017 am Göteborger Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum proklamiert. Die EU steht international etwa durch Herkunftsländer von MigrantInnen wegen ihrer Schwäche im sozialen Bereich immer wieder in der Kritik. Ähnliches gilt für die Schwäche der EU in der Kontrolle ihrer Unternehmen bei der Einhaltung internationaler Sozialstandards im Ausland.

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum

Was wäre daher zu tun? In einer nachhaltigen Wirtschaft geht es nicht um Wachstum an sich, sondern ein Wachstum, das die Lebensqualität verbessert. Teil dieser Lebensqualität ist eine menschenwürdige Arbeit. Der Index der menschlichen Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) kombiniert Lebenserwartung, Bildung und Lebensqualität. Die aus Lateinamerika kommende Bewegung eines „buen vivir“, eines guten Lebens in der Gemeinschaft im Einklang mit der Umwelt, bietet ebenfalls neue Ansätze abseits quantitativen Denkens. Wie Menschen in Zukunft leben und arbeiten werden, das ist die eigentliche Herausforderung der Nachhaltigkeitsagenda 2030 und ihres achten Zieles.

“ In einer nachhaltigen Wirtschaft geht es nicht um Wachstum an sich, sondern ein Wachstum, das die Lebensqualität verbessert. Teil dieser Lebensqualität ist eine menschenwürdige Arbeit. ”

AKTUELLES

Online-Kurs „Global Education – The Human Rights Dimension“ und Auslobung des „North-South Prize of the Council of Europe“ des Nord-Süd-Zentrums des Europarats

Das 1989 gegründete Nord-Süd Zentrum (NSZ) des Europarats ist dem Ziel verpflichtet, die globale Zusammenarbeit und Solidarität zu fördern. Die Arbeitsschwerpunkte des Zentrums liegen auf den Themen Menschenrechte, Globales Lernen, Stärkung der Zivilgesellschaft, Migration und Förderung von Frauen und Mädchen. Dafür bietet das NSZ Online-Kurse zu verschiedenen Themen des Globalen Lernens an. Der Kurs „Global Education - The Human Rights Dimension“ startet am 10. September 2018. Er behandelt das Thema Menschenrechte im Bereich des Globalen Lernens und informiert über Konzepte, Strategien und Aktionen, die auf lokaler Ebene umgesetzt werden können.

Zudem verleiht das NSZ jedes Jahr den „North-South Prize of the Council of Europe“, einen Preis für besonderes Engagement in der

Nord-Süd-Solidarität in den Bereichen Menschenrechte und Demokratieförderung. Die Ausschreibung für das Jahr 2019 läuft bis zum 15. September 2018.

Die diesjährige Kampagne „Global Education Week“ (GEW), die das NSZ ausrichtet und die in Deutschland von der Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd des World University Service (WUS) koordiniert wird, steht unter dem Motto „Die Welt verändert sich - und wir?“. Sie findet vom 19. bis 25. November 2018 statt.

Info: Nord-Süd-Zentrum (NSZ), 1200-829 Lissabon, Portugal, Tel. +351/213584030, Ansprechpartner: Miguel Silva, miguel.silva@coe.int, www.nscentre.org, www.coe.int/en/web/north-south-centre/online-training-courses

MATERIALIEN

Brot für die Welt-Studie „Edles Metall – unwürdiger Abbau“



In der Studie „Edles Metall - unwürdiger Abbau“ von Brot für die Welt geht es um die Verantwortung deutscher Unternehmen beim Platinabbau in Südafrika. Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP), den die Bundesregierung im Dezember 2016 verabschiedet hat, ruft deutsche Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte in globalen Lieferketten auf. Die Einhaltung dieser Vorgaben und deren Dokumentation obliegen bislang den Konzernen. Brot für die Welt kommt in der Studie zu dem Ergebnis, dass freiwillige Vorgaben für Unternehmen nicht ausreichen. Platin ist einer der am meisten exportierten Rohstoffe Südafrikas. Jedoch profitieren die Bergbauarbeiter/-innen und die umliegenden Gemeinden kaum vom Abbau des Metalls. Sie leiden unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen und einer unfairen Entlohnung, wie Brot für die Welt darlegt. In den letzten zehn Jahren sind laut Studie über 1.000 Minenarbeiter/-innen unter Tage gestorben. Die Platinminen werden oft von transnationalen Bergbaukonzernen betrieben. Wichtige Abnehmer/-innen in Deutschland sind Konzerne in der Automobilindustrie, die das Platin zum Bau von Abgaskatalysatoren benötigen. Die Studie kann kostenfrei auf www.brot-fuer-die-welt.de unter der Rubrik „Publikationen/Material“ heruntergeladen werden.

Info: Brot für die Welt Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Caroline-Michaelis-Str. 1, 10115 Berlin, Tel. 030/652110, info@brot-fuer-die-welt.de, www.brot-fuer-die-welt.de

Positionspapier der Treaty Alliance Deutschland

15 Mitglieder der Treaty Alliance Deutschland haben im September 2017 das Positionspapier „Für eine menschenrechtliche Regulierung der globalen Wirtschaft“ veröffentlicht. Die Treaty Alliance Deutschland ist ein Zusammenschluss von 19 deutschen Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Netzwerken unter dem Dach des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung. Das Positionspapier stellt das Abkommen der Vereinten Nationen für Regeln zur Einhaltung der Menschenrechte durch Unternehmen vor und beschreibt dessen Entstehungsprozess. Anhand von Fallbeispielen aus der Textilindustrie, der kongolesischen Holzindustrie und der ecuadorianischen Erdölförderung legt es die Dringlichkeit eines weltweit verbindlichen Abkommens dar. Im Schlussteil wird die internationale Verantwortung Deutschlands für ein klima- und umweltschonendes sowie menschenrechtlich faires Wirtschaftssystem

benannt. Das Positionspapier ist unter „Publikationen“ auf der Homepage des CorA-Netzwerks als kostenfreier Download erhältlich.

Info: CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Stresemannstr. 72, 10963 Berlin, Tel. 030/2888356989, info@cora-netz.de, www.cora-netz.de

Broschüre des Deutschen Gewerkschaftsbunds „Arbeiten und Wirtschaften in den Grenzen des Wachstums“

Die Broschüre „Arbeiten und Wirtschaften in den Grenzen des Wachstums“ des Bildungswerks des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) beschäftigt sich mit der Rolle von Gewerkschaften in Zeiten stetiger ökologischer und sozialer Veränderung. Sie behandelt die Fragen, wie die derzeitige Wirtschaftsweise nachhaltiger und sozial gerechter gestaltet werden kann und welchen Beitrag Gewerkschaften, Arbeitnehmer/-innen und Bürger/-innen dazu leisten können. Mit dieser Broschüre soll die Debatte über eine globalisierte Wirtschaft neu angeregt werden. Die Broschüre beinhaltet Beiträge von Gewerkschafter/-innen, Forscher/-innen, Autor/-innen und Vertreter/-innen aus verschiedenen Ländern, die dieses Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten oder bereits alternative Handlungsmöglichkeiten gefunden haben. Im Fokus stehen dabei die vielfältigen Formen menschenwürdiger Arbeit, die Notwendigkeit einer Demokratisierung und internationale Solidarität angesichts wachsender Machtungleichheiten in einer globalisierten Welt.

Info: Nord-Süd-Netz, DGB Bildungswerk Bund, Projektleitung Globales Lernen für Arbeitnehmende, Ansprechpartnerin: Sonja Gündüz, Tel. 0211/4301330, sonja.guenduez@dgb-bildungswerk.de, www.dgb-bildungswerk.de

Broschüre für Auszubildende „Wie unfair ist das denn!?“ der Kampagne Saubere Kleidung

Die Broschüre „Wie unfair ist das denn!? – Auszubildende für faire Arbeitskleidung“ klärt über unfaire Arbeitsbedingungen in der globalen Bekleidungsindustrie auf und nennt Alternativen. Die Broschüre schildert den Arbeitsalltag von Arbeiter/-innen in Ländern des Globalen Südens, die für ein geringes Entgelt oft 80 Stunden in der Woche und zudem in häufig ein-sturzgefährdeten Fabriken arbeiten müssen. Es gibt jedoch auch Berufsbekleidung, die fair und ökologisch

hergestellt wird. Die Broschüre stellt drei Siegel für faire und ökologische Bekleidung vor und gibt Tipps, wie man das Thema in den Ausbildungsbetrieben zur Sprache bringen kann. Die Broschüre entstand im Rahmen der Kampagne für Saubere Kleidung, die sich seit 1996 dafür einsetzt, die Rechte von Arbeiter/-innen in der globalen Textil- und Sportartikelindustrie zu verbessern. Die Broschüre ist kostenfrei. Sie kann auf der Internetseite www.saubere-kleidung.de unter der Rubrik „Materialien“ heruntergeladen werden. Die Printversion ist über die Christliche Initiative Romero (CIR) erhältlich.

Info: Koordinationsbüro der Kampagne für Saubere Kleidung, Rudolfstr. 135, 42285 Wuppertal, Ansprechpartnerin: Christiane Schnura, Tel. 0202/89004316, koordination@saubere-kleidung.de, www.saubere-kleidung.de; Christliche Initiative Romero e. V. (CIR), Schillerstraße 44a, 48155 Münster, Tel. 0251/6744130, cir@ci-romero.de, www.ci-romero.de

ANGEBOTE

Webportal „Kompass Nachhaltigkeit – Öffentliche Beschaffung“



Das Webportal „Kompass Nachhaltigkeit“ der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) bietet umfangreiche Informationen zu nachhaltiger öffentlicher Beschaffung. Es wird fortlaufend durch neue Produktgruppen, Gütezeichen, Ausschreibungsbeispiele und Anbieter ergänzt. Kreisdiagramme zeigen im Zusammenhang mit den aufgeführten Produkten, mit welchen sozialen und ökologischen Folgen im Zuge der Herstellung und des Verbrauchs zu rechnen ist. Das Portal richtet sich an Beschaffungsverantwortliche und ist unter www.oeffentlichebeschaffung.kompass-nachhaltigkeit.de zu finden.

Info: Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), Büro Bonn, Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn, Tel. 0228/4460-0, Ansprechpartner: Max Mangold, info@kompass-nachhaltigkeit.de, www.oeffentlichebeschaffung.kompass-nachhaltigkeit.de

Relaunch des Webportals „Der Nachhaltige Warenkorb“ für Konsument/-innen

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) bietet eine Neuauflage seines Online-Einkaufsratgebers „Der Nachhaltige Warenkorb“ an. Interessierte finden unter www.nachhaltiger-warenkorb.de passende Informationen zu Konsumzielen, die sich an den globalen UN-Nachhaltigkeitszielen orientieren, zum Beispiel zu „Fair und sozial handeln“ oder „Klimabilanz verbessern“. Die 16 Themenbereiche reichen von Essen und Trinken über Mode und Textilien bis hin zu nachhaltigen Geldanlagen. Zusätzlich erläutert der Nachhaltige Warenkorb 38 ausgewählte Nachhaltigkeits-Siegel im Hinblick auf ökologische und soziale Aspekte.

Info: Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE), Geschäftsstelle c/o GIZ, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin, kontakt@nachhaltiger-warenkorb.de, www.nachhaltiger-warenkorb.de

Projektwebsite „Mehr.Wert! – Menschenrechte in globalen Lieferketten“

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e. V. (VEN) ist im Mai 2018 mit der Projektwebsite „Mehr.Wert! – Menschenrechte in globalen Lieferketten“ online gegangen. Die Website zum neuen VEN-Projekt hält Hintergrundinformationen zu politischen Prozessen, weiterführende Materialien, aktuelle Meldungen und Handlungsmöglichkeiten bereit. Im Rahmen des Projektes Mehr.Wert! wird VEN in den nächsten Monaten den Dialog mit Vertreter/-innen der niedersächsischen Wirtschaft und Politik suchen. Im Herbst 2018 wird es zudem eine Veranstaltungsreihe in mehreren niedersächsischen Städten geben. Auch das aktuelle Heft des Magazins „VEN-Positionen“ steht unter dem Titel „Wirtschaft und Menschenrechte“ (kostenfreier Download unter www.ven-nds.de, Rubrik „Publikationen/ VEN-Positionen“). Darin werden u. a. die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die deutsche Umsetzungsstrategie und Menschenrechtsaktivitäten vorgestellt sowie Handlungsoptionen für die niedersächsische Politik aufgezeigt.

Info: Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e. V. (VEN), Umweltzentrum Hannover, Hausmannstr. 9-10, 30159 Hannover, Tel. 0511/391650, info@ven-nds.de, www.ven-nds.de/projekte/mehrwert



AUS EUROPA, BUND UND LÄNDERN

BUND

Auswärtiges Amt beginnt NAP-Monitoring

Das Referat „Wirtschaft und Menschenrechte“ beim Auswärtigen Amt (AA) setzt 2018 die Vorbereitungen für das Monitoring fort, das bis 2020 den Umsetzungsstand der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht gemäß Nationalem Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) evaluieren soll. Mittels repräsentativer Stichproben wird untersucht, inwieweit in Deutschland ansässige Unternehmen die im NAP postulierten Prozesse der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in ihrer Geschäftstätigkeit umsetzen. Der NAP, der die Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte der Vereinten Nationen von 2011 umsetzen soll, wurde von der deutschen Bundesregierung im Dezember 2016 verabschiedet. Darin wird die Erwartung formuliert, dass deutsche Unternehmen die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht ungeachtet ihrer Größe, Branche oder Struktur einhalten und Menschenrechte entlang ihrer Liefer- und Wertschöpfungsketten achten. Dies wird in der repräsentativen Stichprobe überprüft, die bei Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten in Deutschland durchgeführt werden wird. Wenn die Erhebung ergibt, dass weniger als 50 Prozent der Unternehmen diese Erwartung nicht erfüllen, ist eine gesetzliche Regelung geplant. Das AA hat den Vorsitz des Interministeriellen Ausschuss für Wirtschaft und Menschenrechte (IMA) inne, in dem

zehn Ministerien vertreten sind. Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben wird der IMA durch die AG Wirtschaft und Menschenrechte beraten, die aus dem Nationalen CSR-Forum (Corporate Social Responsibility/gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen) hervorgegangen ist und unter der Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zusammentritt. Die Arbeitsgemeinschaft besteht aus Vertretern von Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Info: Auswärtiges Amt, Referat „Wirtschaft und Menschenrechte“ (401), Werderscher Markt 1, 10117 Berlin, Tel. 030/18 17 22 70,

www.auswaertiges-amt.de/ausseiwirtschaft

Erstes CSR-Netzwerktreffen beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Auf Einladung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales fand am 19. April 2018 in Köln das erste Netzwerktreffen der Unternehmen statt, die seit 2013 an dem Wettbewerb zu „Corporate Social Responsibility“ (CSR) teilgenommen haben. Unter dem Motto „CSR-Trends - Unternehmensverantwortung im Wandel“ wurden aktuelle Entwicklungen im Bereich nachhaltigen Wirtschaftens diskutiert, darunter auch die wachsende Bedeutung von Menschenrechten. Diese findet nicht zuletzt im Sonderpreis „Nachhaltiges Lieferkettenmanagement“ ihren Ausdruck.

Info: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Wilhelmstr. 49, 10117 Berlin, info@csr-in-deutschland.de, www.csr-in-deutschland.de

Netzwerktreffen der BNE-Landeskoordinationen

Im April 2018 fand das erste Netzwerktreffen der Landeskoordinationen für „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ (BNE) der Länder Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland statt. Mit dem Treffen in Bonn beginnt eine neue Etappe in der Umsetzung des Weltaktionsprogramms BNE in Deutschland und der Verankerung von BNE in der schulischen Bildung. Die Landeskoordinator/-innen arbeiten im jeweiligen Bundesland daran, den Schüler/-innen Perspektiven auf BNE zu eröffnen. Sie fördern die Weiterentwicklung von Rahmenlehrplänen und Schulcurricula, den Ausbau von Qualifizierungsangeboten für Lehrer/-innen, die Fortentwicklung von Schulentwicklungsprozessen und das Einbinden von BNE in der Unterrichtsentwicklung. Die Landeskoordi-

nator/-innen verständigten sich darauf, bis Jahresende drei Arbeitstreffen zu den Handlungsfeldern Schulentwicklung, Curricula und Lehrkräftefortbildung durchzuführen sowie ein gemeinsames Konzept zu BNE in der Unterrichtsentwicklung zu erarbeiten. Engagement Global koordiniert diese länderübergreifende Zusammenarbeit.

Info: Engagement Global gGmbH, Tulpenfeld 7, 53113 Bonn, Tel. 0228/207170, info@engagement-global.de, www.engagement-global.de

BAYERN

Dokumentation „Zwölfter Runder Tisch Bayern“

Das Eine Welt Netzwerk Bayern hat im März 2018 die Dokumentation „Zwölfter Runder Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ veröffentlicht, die auf der gleichnamigen Veranstaltung im November 2017 basiert. Die Dialogplattform „Runder Tisch Bayern“ besteht seit 2006 und bringt Vertreter/-innen von großen und kleinen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Ministerien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen zusammen. In der Dokumentation befasst sich u. a. Armin Paasch von Misereor mit dem geplanten UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten. Verena Haan vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales diskutiert die Frage: „Wo steht die Bundesregierung bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte?“. Martina Merz vom Unternehmerverband UnternehmensGrün berichtet von der Arbeit ihres ökologisch orientierten Verbandes. Die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern stellt Angebote zu verantwortlichem Wirtschaften vor. Die Publikation ist beim Eine Welt Netzwerk Bayern als Printversion zum Verkauf für 6 Euro erhältlich. Die einzelnen Beiträge sind online als PDF auf der Homepage des Netzwerks unter der Rubrik „Service/ Publikationen“ kostenfrei verfügbar.

Info: Eine Welt Netzwerk Bayern e. V., Weiße Gasse 3, 86150 Augsburg, Ansprechpartner: Dr. Alexander Fonari, Tel. 089/35040796, info@eineweltnetzwerkbayern.de, www.eineweltnetzwerkbayern.de

BREMEN

Wanderausstellung „Bremen – Stadt der Menschenrechte“

Am 10. Dezember 2018 jährt sich zum 70. Mal der Tag, an dem die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

in der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Aus Anlass dieses Jubiläums haben der Bremer Freundeskreis Garten der Menschenrechte und seine Partner die Wanderausstellung „Bremen – Stadt der Menschenrechte“ aufgelegt. Mit Beispielen von Menschen und Organisationen, die sich in Bremen für die Menschenrechte engagieren, sollen die Besucher/-innen informiert und zu eigenem Engagement angeregt werden. Die Ausstellung wurde am 15. Mai 2018 im Haus der Wissenschaft durch Christian Weber, den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft, eröffnet. Sie wird von einer Veranstaltungsreihe begleitet und endet am 10. Dezember 2018 mit einer festlichen Abschlussveranstaltung.

Info: Universität Bremen, Freundeskreis Garten der Menschenrechte, Bibliothekstr. 1, 28359 Bremen, Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch, Tel. 0421/21861840, esk@uni-bremen.de, www.ben-bremen.de

HESSEN

Friedhofssteine ohne Kinderarbeit

Die hessische Landesregierung hat dem Landtag ein Gesetz zur Änderung des Friedhofs- und Bestattungsgesetz vorgelegt, das es den Kommunen ermöglicht, Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verbieten. Bei der Definition von Kinderarbeit orientiert sich der Gesetzesentwurf am Übereinkommen Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) aus dem Jahr 1999. Für den Nachweis, dass ein Grabstein ohne Kinderarbeit angefertigt wurde, sieht die neue Regelung unterschiedliche Möglichkeiten vor: Eine lückenlose Dokumentation soll nachweisen, dass die Grabsteine ausschließlich in den Mitgliedsstaaten der EU, EU-Vertragsstaaten oder der Schweiz hergestellt worden sind. Ebenso werden Siegel von Organisationen akzeptiert, die die Produktion der Grabsteine überprüfen. Nach Schätzungen von UNICEF, der ILO und der Weltbank sind weltweit 168 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 17 Jahren Kinderarbeiter/-innen.

Info: Hessischer Landtag, Kanzlei, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, Tel. 0611/3500, poststelle@ltg.hessen.de, <https://hessischer-landtag.de>

Entwicklungspolitische Leitlinien der Landesregierung

Am 15. Mai 2018 hat die hessische Landesregierung die „Leitlinien zur Entwicklungszusammenarbeit“ veröffentlicht, die gemeinsam mit hessischen Nichtregierungsorganisationen erarbeitet worden sind. Die Schwerpunkte liegen u. a. auf der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, der Förderung nachhaltiger öffentlicher Beschaffung und eines fairen Welthandels sowie auf der Verknüpfung der Themen Migration, Integration und Entwicklungszusammenarbeit. Hessische Unternehmen sollen verstärkt in die Entwicklungszusammenarbeit und die Vernetzung mit entwicklungspolitischen Akteur/-innen einbezogen werden. Die Leitlinien bestätigen die

bisherige Ausrichtung der hessischen Entwicklungszusammenarbeit, bringen aber auch Neuerungen mit sich. So wird die Zusammenarbeit mit Albanien im Rahmen von zwei (Aus-)Bildungsprogrammen gestärkt und ein Expertenbeirat von Fachleuten für Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet. Die Landesregierung wird dem Hessischen Landtag alle zwei Jahre einen Bericht vorlegen, auf dessen Grundlage das Thema Entwicklungszusammenarbeit im Parlament beraten und die Öffentlichkeit informiert werden soll.

Info: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden, Ansprechpartner: Gilbert Blumenstiel, Tel. 0611/8152283, gilbert.blumenstiel@wirtschaft.hessen.de, www.wirtschaft.hessen.de, www.ez-der-laender.de/de/deutsche-laender/hessen

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Förderung von Fairtrade-Städten

Seit Anfang April gibt es eine neue Stelle für die Förderung von Fairtrade-Städten in Mecklenburg-Vorpommern. Die Koordinatorin für die Fairtrade-Kampagne in Rostock, Elisabeth Möser, wird nun auch Gründungsinitiativen in anderen Städten unterstützen. Das Eine-Welt-Landesnetzwerk ist der Träger der Stelle. Für die Finanzierung ist die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung zuständig. In Mecklenburg-Vorpommern haben bisher Schwerin und Rostock die Fairtrade-Auszeichnung erhalten. Zudem sind weitere Städte an einer Bewerbung für die Auszeichnung interessiert. Um prämiert zu werden, muss eine Kommune fünf Kriterien erfüllen: Fairer Kaffee wird auf öffentlichen Sitzungen ausgeteilt, Schulen werden eingebunden, Geschäfte nehmen faire Produkte ins Angebot auf, eine Steuerungsgruppe treibt den Wandel zur Fairtrade-Stadt voran und die Presse berichtet über den Prozess. Produkte des Fairen Handels zeichnen sich dadurch aus, dass umweltfreundlich und sozial nachhaltig produziert wird. Die Hersteller/-innen im Globalen Süden erhalten einen fairen, existenzsichernden Lohn.

Info: Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e. V., Erich-Schlesinger-Str. 62, Ansprechpartnerin: Jessica Weiß, Tel. 0381/36767460, info@eine-welt-mv.de, www.eine-welt-mv.de

NIEDERSACHSEN

Fair gehandelte Computermäuse

In Niedersachsen werden bis Ende 2018 alle 20.000 Büroarbeitsplätze der Polizei mit neuen Computern inklusive einer Computermouse des Vereins Nager IT e. V. ausgestattet. Diese Computermäuse werden „fairer“ hergestellt als herkömmliche. Das Ziel des Projekts ist eine nachhaltige Elektronik und IT-Produktion unter Berücksichtigung der Menschenrechte, ohne Kinderarbeit sowie mit einer umweltfreundlichen Produktion. Das Projekt orientiert sich an anderen globalen Produktgruppen beispielsweise Tee, Kaffee, Kakao oder auch Kleidung, von denen es bereits fair hergestellte Alternativen gibt.

Auf der Internetseite des Vereins finden Interessierte Informationen zur Lieferkette der Computermäuse: Die Leiterplatten und deren Bestückung, das Scrollrad aus regionalem Holz, Lötzinn und Verpackung stammen aus fairer Produktion. Auf die komplette Lieferkette bezogen schätzt Nager IT die Produktion seiner Computermäuse zu zwei Dritteln fair ein.

Info: Nager IT e. V., Am Büchel 4, 83673 Bichl, Tel. 08857/6590417, hallo@nager-it.de, www.nager-it.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

Wirtschaftswachstum statt Entwicklungshilfe

Das Deutsch-Afrikanische Wirtschaftsforum Nordrhein-Westfalen bietet afrikanischen und deutschen Unternehmer/-innen seit 2010 die Möglichkeit, sich über Erfahrungen, Strategien, künftige Entwicklungen und anstehende Projekte auszutauschen. Inzwischen hat das Forum sich zu einer wichtigen Institution für die deutsch-afrikanische Zusammenarbeit in der Wirtschaft entwickelt. In diesem Jahr war der ghanaische Staatspräsident Nana Addo Dankwa Akufo-Addo in Dortmund zu Gast und machte auf das wirtschaftliche Potential Afrikas aufmerksam. Das Forum wird von der Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen veranstaltet. Etablierte Themenschwerpunkte sind Maschinenbau, Infrastruktur, erneuerbare Energien, Umwelttechnik und Wasserwirtschaft. Im Jahr 2018 kam als neuer Schwerpunkt das Thema „Digitale Wirtschaft“ hinzu. Insbesondere in Afrika ist aufgrund der jungen Bevölkerung und fehlenden Infrastruktur eine schnelle Entwicklung in diesem Bereich zu beobachten. Erstmals hatten im Jahr 2018 auch junge, innovative afrikanische Start-ups die Chance, ihre Projekte zu präsentieren.

Info: Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen, Steinstr. 48, 44147 Dortmund, Ansprechpartnerin: Sylvia Monzel, Tel. 0231/8380029, monzel@agnrw.de, www.afrika-wirtschaftsforum-nrw.de

SAARLAND

Bildungsangebot CHAT der WELTEN zu „Arbeitsbedingungen in Elektronikfabriken“

Das Bildungsangebot CHAT der WELTEN im Saarland ist ein Kooperationsprojekt des Netzwerks Entwicklungspolitik im Saarland e. V. (NES), und von Engagement Global. Das Angebot vermittelt umwelt- und entwicklungspolitische Themen und fördert die Medi-

enkompetenz. Im Mittelpunkt von CHAT der WELTEN stehen „Live-Chats“ mit Projektpartner/-innen aus Lateinamerika, Asien, Afrika und Europa. Zum Thema „Arbeitsbedingungen in Elektronikfabriken“ hat CHAT der WELTEN im Saarland gemeinsam mit der Handy-Aktion Saarland Projekte ausgearbeitet. Dabei können Schulen über ein bis drei Tage Handy-Workshops buchen und ein CHAT der WELTEN-Projekt mit dem Sozialwissenschaftler Fahmi Panimbang in Indonesien durchführen, um mit ihm über Menschenrechtsverletzungen in der Industrie zu sprechen. Die Workshops zu Arbeitsbedingungen in Elektronikfabriken eignen sich für Schüler/-innen ab der 8. Klasse. Das Projekt gibt es ebenfalls in Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

Unter www.chatderwelten.de kann man sich über das Projekt informieren und für die weitere Planung die Kooperationspartner/-innen der einzelnen Länder kontaktieren.

Info: Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e. V., CHAT der WELTEN im Saarland, Ev.-Kirch-Str. 8, 66111 Saarbrücken, Ansprechpartner: Johannes Weller, Tel. 0681/9385235, johannes.weller@nes-web.de, www.chatderwelten.de

für Erneuerbare Energien, Raumordnung und Klimafolgenanpassung des Landkreises Lüneburg stimmte diesem Vorhaben in seiner Sitzung vom 24. April 2018 zu. Die neue Personalstelle soll aus Mitteln des Angebots „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Strukturentwicklungsfonds gefördert werden. Die Klimaschutzleitstelle versteht sich als Schaltzentrale eines Klimaschutz-Netzwerkes für die Region Lüneburg. Zum Netzwerk gehören die Kommunen des Landkreises, die Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, Schulen und Bürger/-innen.

Info: Hansestadt und Landkreis Lüneburg, Klimaschutzleitstelle, Auf dem Michaeliskloster 8, 21335 Lüneburg, Ansprechpartnerin: Stefanie Nicklaus, Tel. 04131/261247, stefanie.nicklaus@landkreis.lueneburg.de, www.landkreis-lueneburg.de

NIEDERSACHSEN

Koordinationsstelle für kommunale Entwicklungspolitik in Lüneburg

Die Klimaschutzleitstelle (KSL) der Hansestadt und des Landkreises Lüneburg wird eine Koordinationsstelle einrichten, um die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) der Agenda 2030 auch auf Kreisebene voranzubringen. Der Schwerpunkt soll dabei auf nachhaltiger Energiewirtschaft und Infrastruktur liegen. Der Ausschuss



GLOBAL EDUCATION WEEK 2018 VOM 19. BIS 25. NOVEMBER 2018

Die Welt verändert sich - und wir? Gemeinsames Globales Lernen als Chance

Die Global Education Week 2018 setzt sich für einen partnerschaftlichen Austausch über Themen des Globalen Lernens zwischen Ländern des Südens und Nordens ein. Schulen, Universitäten, NRO und regionale Initiativen sind dazu eingeladen, sich mit Aktionen zu beteiligen.

Informationen und Projekte unter www.globaleducationweek.de

EINE-WELT-VERANSTALTUNGSKALENDER

Der bundesweite Eine-Welt-Veranstaltungskalender informiert über Tagungen, Seminare, Workshops, Ausstellungen und Vorträge sowie über Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikator/-innen im Bereich der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit.

www.wusgermany.de/de/globales-lernen/informationsstelle-bildungsauftrag-nord-sued/eine-welt-veranstaltungskalender